

ANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadträtin Bettina Meier-Augenstein (CDU) Stadtrat Sven Maier (CDU) Stadtrat Rainer Weinbrecht (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 18. Februar 2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	59. Plenarsitzung Gemeinderat 18.03.2014 2014/0435 27.1 öffentlich
Prostitution in Karlsruhe: Sperrbezirke für Prostitution		

Die CDU-Fraktion beantragt:

Die Stadtverwaltung wirkt auf eine Anpassung der ausgewiesenen Sperrbezirke im Stadtkreis Karlsruhe zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und eine Überwachung der Einhaltung hin.

Sachverhalt/Begründung:

In Karlsruhe haben sich verschiedene Schwerpunktbereiche der Straßenprostitution, wie beispielweise in der Stuttgarter Straße mit angrenzender Fautenbruchstraße oder Fiduciastraße/Wachhausstraße, entwickelt. Durch die 2014 neu in Kraft getretene Freizügigkeit für Migrantinnen und Migranten aus verschiedenen osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hat sich die Zahl der sich prostituierenden Personen deutlich erhöht. Dadurch sind Belästigungen von Bürgerinnen und Bürgern erheblich. Nicht selten fühlen sich Anwohnerinnen und Anwohner verunsichert. Insbesondere im Hinblick auf die Kinder und Jugendlichen, die die betreffenden Bereiche queren oder sich in unmittelbarer Nähe zur Fiduciastraße gelegenen Skaterpark aufhalten, sind die Entwicklungen als kritisch zu beurteilen. Durch auf öffentlichen und privaten Flächen und Grünanlagen weggeworfene Kondome und sonstige Gegenstände ergeben sich zusätzlich gesundheitliche Risiken für die Bürgerschaft.

Durch Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Verbot der Prostitution im Stadtkreis Karlsruhe werden Sperrbezirke ausgewiesen, in denen Wohnungsprostitution und Prostitution im öffentlichen Raum untersagt sind. Eine

Änderung der Rechtsverordnung erfolgte zuletzt 1988. Eine Anpassung der Sperrbezirke an die neuen Gegebenheiten scheint angezeigt.

unterzeichnet:

Gabriele Luczak-Schwarz

Bettina Meier-Augenstein

Sven Maier

Rainer Weinbrecht

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

6. März 2014